

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

des Einwohner-Gemeinderates der Stadt Solothurn

12. November 2024

Geschäfts-Nr. 78

7. Budget 2025

Referent: Reto Notter, Finanzverwalter
Pascal Walter, Vorsitzender Wirtschafts- und Finanzausschuss

Vorlagen: Protokollauszug WiFi Nr. 19 vom 16.10.2024
Budget 2025 und Erfolgsrechnung
Tabelle Vergleich Budgeteingaben 2025 mit Finanzplan 2025-2028
Tabelle Abweichungen Nettoinvestitionen zu Finanzplan 2025-2028
Auflistung beantragte Budgetbereinigungen vom WiFi zuhanden GR
Auflistung beantragte Budgetänderungen nach WiFi zuhanden GR
Tabelle Gemeindesteuerertrag Oktober 2024
Protokollauszug Finanzkommission vom 09.09.2024
Protokollauszug Finanzkommission vom 15.10.2024

Dem Wirtschafts- und Finanzausschuss wird zuhanden des Gemeinderates bzw. der Gemeindeversammlung

beantragt:

1. Das Budget über die Verwaltung der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn für das Jahr 2025 wird genehmigt.
2. Die Gemeindesteuer für das Jahr 2025 wird für die natürlichen und juristischen Personen auf 107 Prozent der ganzen Staatssteuer festgelegt.
3. Die Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe wird für das Jahr 2025 mit 6 Prozent der ganzen Staatssteuer erhoben. Der Ertrag wird vollständig der Spezialfinanzierung Feuerwehr zugewiesen.

Als Antrag an den Gemeinderat zuhanden der Gemeindeversammlung hat der Wirtschafts- und Finanzausschuss bei 5 Anwesenden

beschlossen:

Einstimmig, Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen

1. Das Budget über die Verwaltung der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn für das Jahr 2025 wird genehmigt mit den besprochenen Änderungen.

Expediert

2. Die Gemeindesteuer für das Jahr 2025 wird für die natürlichen und juristischen Personen auf 107 Prozent der ganzen Staatssteuer festgelegt.
3. Die Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe wird für das Jahr 2025 mit 6 Prozent der ganzen Staatssteuer erhoben. Der Ertrag wird vollständig der Spezialfinanzierung Feuerwehr zugewiesen.

Dem Gemeinderat wird durch den Wirtschafts- und Finanzausschuss bei 6 Anwesenden

beantragt:

4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

1. Die FTEs sind um 1 Prozent zu kürzen (Stichtag 31.12.2024 und 31.12.2025). Die Kürzung wird mit 0,5 Prozent der Lohnkosten im Budget 2025 ausgewiesen.

Einstimmig

2. Einsparungen von 10 Prozent (Fr. 360'000.-) im baulichen Unterhalt sind umzusetzen.
3. Einsparungen in der Rubrik Dienstleistungen Dritter in der Höhe von 10 Prozent auf all jenen Positionen, bei denen nicht eine vertragliche Verpflichtung dies verunmöglicht, sind umzusetzen.

Erläuterungen zum Antrag

Die Stadtpräsidentin **Stefanie Ingold** leitet ein, dass sie ihren Standpunkt zu der bereits debattierten Steuererhöhung klarstellen will. Zum jetzigen Zeitpunkt werde sie dem Antrag zu einer Steuererhöhung im 2025 nicht zustimmen. Das Stadtpräsidium hat nie die Strategie verfolgt, dass der Entscheid zur Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei einen unmittelbaren Einfluss auf den Steuerfuss 2025 haben wird. Nach der Entscheidung zur Stadtpolizei lagen keine neuen Erkenntnisse für das Budget 2025 vor. Allenfalls hätte die Integration der Stadtpolizei auch keinen Einfluss auf das Budget 2026 gehabt. Sicherlich haben die Entscheide der Gemeindeversammlung die Situation verschärft. Trotzdem soll jetzt nicht übereilt gehandelt werden. Der Bevölkerung muss nächstes Jahr aufgezeigt werden, wie die Entwicklung der Finanzen langfristig aussehen wird und welche Schritte, wann notwendig werden. Dabei muss sicher auch der Steuerfuss thematisiert werden müssen. Die übrigen Entscheide aus dem Spar- und Optimierungspaket befinden sich noch in der Umsetzung. Es bestehen Massnahmen die Einnahmen generieren werden, wie bspw. das Parkraumkonzept, das in einem Jahr umgesetzt sein soll. Ausserdem müssen nächstes Jahr die Investitionen genau priorisiert werden. Es ist aber klar, dass gewisse Investitionen getätigt werden müssen, die nicht verschoben werden können, damit gewisse Immobilien nicht noch mehr Schäden aufweisen. Die Stadtpräsidentin, Stefanie Ingold, führt weiter aus, dass immer der Plan bestand, das Vermögen der Stadt abzubauen. Dabei dürfen auch mal Schulden ausgewiesen werden. Nun darf nicht übereilt reagiert werden, sondern es muss in der jetzigen Situation wohlüberlegt gehandelt werden.

Reto Notter will erstmal klarstellen, dass nicht die Finanzverwaltung die Anträge zur Lohnsteuerung gestellt hat, was aus dem Protokoll und dem Zeitungsbericht zu schliessen ist. Es waren auch nicht die Aussagen der Finanzverwaltung, sondern diejenigen vom Rechts- und

Personaldienst. Die Verwirrung ist entstanden, weil im Protokoll vermerkt war, der Antrag komme von der Finanzverwaltung, die Anträge wurden aber vom Rechts- und Personaldienst gestellt.

Ausgangslage

Nach der Budgeteingabe wurde ein Aufwandüberschuss von 4.8 Mio. Franken ausgewiesen. Damit war der Aufwandüberschuss um 7.2 Mio. Franken schlechter als der Finanzplan. Die Nettoinvestitionen betrugen 26.9 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad wurde mit minus 44 Prozent ausgewiesen. Die Details sind im Protokoll der Finanzkommission vom 9. September 2024 abgebildet. Die Finanzkommission hat als Vorgabe beschlossen, das Budget analog zum Finanzplan zu verbessern. Mit den Bereinigungen konnten nennenswerte Verbesserungen erzielt werden. Die Erfolgsrechnung konnte um 3.9 Mio. Franken verbessert werden. Damit konnte ein neuer Aufwandüberschuss von 1 Mio. Franken ausgewiesen werden. Jedoch war dieses Ergebnis immer noch schlechter als im Finanzplan. Die Investitionen wurden um 4.7 Mio. Franken reduziert. Die Selbstfinanzierung war mit 6.5 Mio. Franken immer noch schlechter als im Finanzplan. Der Selbstfinanzierungsgrad wurde auf minus 32.1 Prozent verbessert. Der Finanzierungsfehlbetrag konnte um 9.4 Mio. Franken auf 29.4 Mio. Franken verkleinert werden. Die Vorgaben der Finanzkommission konnten nicht erfüllt werden. Beim Aufwand wurden 3.6 Mio. Franken gekürzt und beim Ertrag Fr. 240'000. Die Abweichungen zum Finanzplan sind im Aufwand immer noch mit 4.6 Mio. Franken höher ausgewiesen. Aber auch der Ertrag war viel noch um 2.6 Mio. Franken höher aus. Im Finanzplan fällt das Legislaturziel von 1.25 Mio. Franken weg. Deshalb ergibt es eine Verschlechterung zum Finanzplan um 3.3 Mio. Franken. Die grössten Korrekturen wurden beim Personalaufwand, Finanzaufwand, Sach- und übrigen Betriebsaufwand, Transferaufwand, interne Verrechnungen und bei anderen Positionen gemacht. Im Ertrag fielen die Entgelte höher aus und der Steuerertrag wurde leicht erhöht sowie auch der Finanzertrag, der Transferertrag und weitere verschiedene Erträge. Durch die Kürzungen kam es zu tieferen Entnahmen aus den Fonds und Spezialfinanzierungen. Insgesamt wurden 394 Korrekturen vorgenommen. Die Nettoinvestitionen wurden um 4.67 Mio. Franken gekürzt. Die Kreditbewilligung betragen aktuell 16.33 Mio. Franken.

Es gibt ein Sondertraktandum an der Gemeindeversammlung, nämlich das Gemeindehaus an der Barfüssergasse 17. Es geht um die Sanierung der Gebäudehülle. Im Budget enthalten ist aktuell die Teuerungsanpassung für das Verwaltungs- und Betriebspersonal von 2.94 Prozent und 0.0 Prozent bei den Lehrkräften. Der Antrag der Verwaltung lautet: Beim Gemeindepersonal ohne Lehrerschaft wird ab dem 01.01.2025 die tatsächlich eingetretene Jahresteuierung gemäss Indexstand November 2024 ausgeglichen. Der Antrag vom Wirtschafts- und Finanzausschuss lautet: Beim Gemeindepersonal ohne Lehrerschaft wird ab dem 01.01.2025 die Teuerung von 1.2 Prozent gewährt. Die Jahresteuierung gemäss Prognose vom SEKO Stand September für das Jahr 2024 ist 1.2 Prozent. Der Indexstand ist 108.0 Ende Oktober 2024. Ende November 2023 war der Indexstand bei 107.1. Das ergibt im Moment ca. plus 0.84 Prozent. Der aktuelle Indexstand vom Gemeindepersonalverband ist 105.6 Prozent für die Besoldungen.

Man kann sagen, die Budgetbereinigungen waren wiederum erfolgreich. Der Finanzierungsfehlbetrag wurde um 9.4 Mio. Franken verkleinert. Jedoch wird immer noch ein Aufwandüberschuss ausgewiesen. Die Nettoinvestitionen sind höher als im Finanzplan. Der Selbstfinanzierungsgrad ist schlechter als im Finanzplan. Die Vorgaben der Finanzkommission wurden noch nicht erreicht. Der Finanzierungsfehlbetrag ist mit 29.4 Mio. Franken gross. Das operative Ergebnis liegt bei minus 11.3 Mio. Franken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Renovation der Finanzliegenschaften mit 1.68 Mio. Franken enthalten ist. Der Finanzplan zeigt eine Verengung des finanziellen Spielraumes auf. Deshalb ist es wichtig, dass der Selbstfinanzierungsgrad des Finanzplanes erreicht wird. Um diesen zu erreichen, müsste man die Liquidität der Erfolgsrechnung um 4,2 Mio. Franken kürzen. Die Investitionsrechnung liegt Fr. 268'000 tiefer

als der Finanzplan. Es soll nun versucht werden die Erfolgsrechnung so stark wie möglich zu entlasten und die Nettoinvestitionen so weit wie möglich zu reduzieren. Auf keinen Fall sollte das vorliegende Ergebnis durch neue Aufgaben verschlechtert werden. An den Zielen der Finanzkommission soll festgehalten werden. Werden alle Anträge – die von der Stadtpräsidentin im Anschluss beantragt werden - angenommen, wird der Aufwandüberschuss auf 0.2 Mio. Franken sinken. Die Nettoinvestitionen betragen dann neu 18.355 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt dann minus 34.4 Prozent. Der Finanzierungsfehlbetrag kann auf 24.7 Mio. Franken und die Minus-Selbstfinanzierung auf 6.31 Mio. Franken reduziert werden. In den Anträgen ist der vom Wirtschafts- und Finanzausschuss vorgeschlagene Teuerungsausgleich von 1.2 Prozent berücksichtigt. Die pauschalen Kürzungen in der Sachgruppengliederung 314 und der Sachgruppengliederung 3130/3131/3132 um 10 Prozent wurden nicht berücksichtigt. Dafür wurden die Kürzungsvorschläge des Stadtbauamtes vollumfänglich berücksichtigt. Die beantragte Stellenkürzung von 0.5 Prozent ist im Budget noch nicht enthalten, da es sich hier um eine reine Budgetkosmetik handelt. Wird der Antrag um eine Stellenkürzung von 3 Prozent bis 2027 gestellt, bedeutet dies, dass rund 6.5 Vollzeitstellen gestrichen werden müssen. Die Verwaltung muss dann der Gemeinderatskommission Vorschläge unterbreiten und die Gemeinderatskommission muss die entsprechenden Stellen aufheben. Eine solche Stellenkürzung ist wahrscheinlich nur mit einem Dienstleistungsabbau zu bewerkstelligen. Das würde wiederum bedeuten, dass die Gemeinderatskommission auch damit einverstanden sein muss die entsprechenden Dienststellen zu streichen. Wenn der Antrag gestellt wird um 0.5 Prozent zu reduzieren müssten folglich auch gleich die betroffenen Dienststellen genannt werden. Sollten die 0.5 Prozent für alle Dienststellen gelten, gibt es die eingeblendeten Korrekturen für das Budget. Auf einer Folie wird dargestellt wie die Besoldungskonten aufgrund des Antrags korrigiert werden müssten. Es ist sehr unrealistisch, dass diese Kürzung auf alle Abteilungen runtergebrochen werden kann. Somit schlägt der Finanzverwalter vor, falls ein solcher Antrag gestellt wird, die Verwaltung zu beauftragen der Gemeinderatskommission aufzuzeigen, auf welche Dienstleistungen verzichtet werden können, damit 3 Prozent des Stellenetat eingespart werden kann, ohne aber das Budget 2025 pauschal zu korrigieren. Würde das Budget pauschal gekürzt, ist es nicht sicher wieviel die Kürzungen effektiv ausmachen und ob schlussendlich alle damit einverstanden sind. Übrigens sind auch noch nicht alle Spar- und Optimierungsmassnahmen im Budget 2025 berücksichtigt. Für viele dieser Spar- und Optimierungsmassnahmen müssen zuerst die entsprechenden Anträge an die politischen Behörden gestellt werden. Deshalb wäre es vernünftig, wenn auch die Budgetkürzung um 0.5 Prozent im Stellennetto im Budget noch nicht berücksichtigt wird. Bevor das Budget gekürzt wird, sollte das Interesse vorhanden sein, zu wissen, welche Dienstleistungen tatsächlich abgebaut werden können. Mit diesen Bemerkungen bitte der Finanzverwalter auf das Budget einzutreten.

Pascal Walter teilt mit, dass der Wirtschafts- und Finanzausschuss das Budget am 16. Oktober 2024 besprochen hat. Die Budgetdiskussion im Ausschuss fand vor der Gemeindeversammlung statt. Damals hatte man sich auf folgende Punkte konzentriert: Die Teuerung, die Reduktion der Personalkosten um 0.5 Prozent und die pauschalen Kürzungen von 10 Prozent bei den Unterhalts- und Drittkosten bei diversen Dienststellen im Stadtbauamt. Die Budgetdiskussion gleicht manchmal dem Lösen eines Sudokus-Rätsels: Es gilt herauszufinden, wo welche Zahl herkommt. Im vorliegenden Budget ist ein Verlust von Fr. 962'000 auf Seite 32 ausgewiesen. Das ist der Verlust von 1 Mio. Franken, die der Finanzverwalter erwähnt hat. Aufgrund der Diskussionen im Ausschuss mit Stellenkürzungen und der Reduktion des Teuerungsausgleichs von 2.9 Prozent auf 2.2 Prozent wurde dann ein Gewinn von 0.3 Mio. Franken erreicht. Nach der zweiten Sitzung des Ausschusses wurde ein neues Dokument erstellt, das nun ein Resultat der Rechnung von Fr. +/- 0 ausweist.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss war der Ansicht, dass es keinen Sinn macht den Teuerungsausgleich von 2.9 Prozent zu sprechen. Der Ausschuss möchte die Jahresteuern von November 2023 zu November 2024 auszahlen. Aufgrund einer Prognose vom SEKO sind das

1.2 Prozent. Betrachtet man heute den Index sind es nicht 1.2 Prozent, sondern nur 0.84 Prozent. Im Ausschuss wurde die Stellenreduktion um 0.5 Prozent diskutiert. Diese Forderung soll bewirken, dass Diskussion entstehen können, wo welche Kürzungen sinnvoll sind. Dem Ausschuss ist bewusst, dass die Kompetenz für Stellenschaffung und Stellenstreichung bei der Gemeinderatskommission liegt und nicht beim Gemeinderat. Und trotzdem ist es ein Zeichen, wenn der Gemeinderat der Gemeinderatskommission den Auftrag gibt, die Sache zu prüfen, wo welche Kosten reduziert werden können. Und Ja, vielleicht heisst diese Einsparung in der Konsequenz, dass irgendwo eine Dienstleistung nicht mehr angeboten werden kann.

Weiter wurde diskutiert wo im Unterhalt noch gespart werden kann. Im Ausschuss hat Yves Gaudens das Stadtbauamt vertreten und war der Meinung, dass noch gewisse Einsparungen möglich sind. Deshalb hat der Ausschuss auch einstimmig den pauschalen 10 Prozent Kürzungen auf die Dienststellen zugestimmt. Zurück zur Teuerung: Beim ursprünglichen Antrag des Gemeindepersonalverbandes wäre zu den 2.9 Prozent noch eine Realloohnerhöhung von 3 Prozent gefordert gewesen. Sprich der Verband forderte 5.9 Prozent. Der Ausschuss empfand dies überrissen und nicht der Realität entsprechend. Der Vorschlag des Ausschusses lautet 1.2 Prozent, da so die Jahresteuern in etwa ausgeglichen wird. Mit diesen Anpassungen gibt es, wie erwähnt, ein Ergebnis von 0. Das aber nur, aufgrund der Aufwertung der Aufwertungsreserven. Operativ liegt ein Verlust von rund 10.5 Mio Franken vor. Ein jährlicher Verlust von 10 Mio. Franken kann sich die Stadt längerfristig nicht leisten. Aus diesem Grund erfolgte im Ausschuss eine Diskussion zur Steuerthematik. Mit einer Mehrheit wurde beschlossen, dass das Spar- und Optimierungspaket, wie beschlossen, umgesetzt werden muss. Alle beschlossenen Massnahmen werden Auswirkungen haben, jedoch noch nicht alle im 2025. Der Ausschuss ist sich der prekären Lage sehr bewusst. Wahrscheinlich wird im 2026 eine Steuererhöhung unumgänglich sein, sofern keine Verbesserungen eintreten.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss hat zuhanden des Gemeinderates beschlossen, den Steuersatz bei 107 Prozent zu belassen. Ebenso wurde die Feuerwehersatzabgabe bei 6 Prozent beschlossen. Der Ausgleich der Teuerung wird mit 1,2 Prozent bzw. der effektiven Teuerung vorgeschlagen. Pascal Walter bittet den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses zuzustimmen, da so das Budget 2025 etwas verbessert werden kann.

Eintreten wird bestritten.

Marianne Wyss teilt mit, dass die SVP-Fraktion sich für ein nicht Eintreten auf das Budget 2025 ausspricht. Wieso? Alle Anwesenden haben die Gemeindeversammlung im Oktober miterlebt. Und ja, das war eine Ohrfeige für den Gemeinderat. Die Wähler und Wählerinnen waren nicht zufrieden mit der Arbeit, die der Gemeinderat geleistet hat. Die Unzufriedenheit war so gross, dass die Gemeindeversammlung nicht einmal auf die zwei wesentlichen Geschäfte Regio Energie und Stadtpolizei eintreten wollte. Trotz den ganzen Mails mit den Behauptungen und den möglichen Aussagen, wie dieses Ereignis zu werten ist, heisst ein nicht Eintreten auf ein Geschäft nur eins auf sicher. «Wir wollen das Traktandum so nicht besprechen und senden es zurück an den Absender.» Marianne Wyss erwähnt dies hier, weil mit der Ausschüttung der 25 Mio. Franken der Regio Energie noch in diesem Jahr gerechnet wurde. Das Sparmassnahmenpaket kann nun nicht wie geplant durchgeführt werden. Aus diesem Grund sollte das Budget frisch überarbeitet werden. Schlussendlich muss festgehalten werden, dass der Stadt Geld fehlt.

Beim angepassten Budget nach der Behandlung im Ausschuss sind kaum Sparmassnahmen enthalten, primär wurden Investitionen nach hinten verschoben, womit nichts gespart wird. Aus diesem Grund sollte nicht auf das Budget eingetreten, sondern zurückgewiesen werden, damit neue Sparmassnahmen erarbeitet und das Budget bereinigt werden kann.

Franco Supino stellt die Verfahrensfrage, ob das überhaupt geht? Schliesslich besteht die Auflage das Budget der Gemeindeversammlung im Dezember vorzulegen.

Die Vorsitzende, **Stefanie Ingold** teilt mit, dass wenn auf das Budget nicht eingetreten wird, dieses zurück an die Verwaltung geht. Somit könnte an der Gemeindeversammlung im Dezember nicht über das Budget 2025 beschlossen werden, somit die Stadt kein Budget hätte. Die Stadt dürfte dann nur die notwendigsten Ausgaben tätigen, bis ein genehmigtes Budget vorliegt.

Claudio Hug hält fest, dass aus Sicht der Mitte/GLP-Fraktion die Situation dramatisch ist, was auch den Zahlen entnommen werden kann. Die Fraktion hat den Eindruck, die Stadt befinde sich auf einem Schiff mit einem Leck. Seit vier Jahren ist die schlechte Finanzsituation bekannt und man versucht das Leck zu stopfen, aber es funktioniert noch nicht richtig. Das Schiff läuft mehr und mehr voll. Es stellt sich die Frage, was machen wir in dieser Situation? An dieser Stelle wird kurz auf das Verhältnis als Gemeinderat zur Gemeindeversammlung eingegangen. Schon mehrmals hat der Gemeinderat an der Gemeindeversammlung auf den «Teckel» bekommen. Zum ersten Mal beim Schulhaus, danach bei der Familienzulage und jetzt an der letzten Gemeindeversammlung mit der Stadtpolizei und der Regio Energie. Wie soll nun weiter vorgegangen werden? Die Antwort der Mitte/GLP Fraktion ist: Wir wollen als Gemeinderäte und Gemeinderätinnen Verantwortung übernehmen so wie bisher. Aus der Sicht der Mitte/GLP-Fraktion nimmt der Gemeinderat die Verantwortung vorbildlich wahr, indem über 100 Massnahmen zu Einsparungen und Kostenoptimierungen beraten wurden. Davon wurde ein Grossteil verabschiedet. Die Investitionen wurden akribisch geprüft sowie gekürzt und es wurden unangenehme Entscheidungen gefällt. Zum Beispiel wurde kein voller Teuerungsausgleich vor 2 Jahren gesprochen. Dieser Weg soll weiter beschritten werden und es sollen weiterhin an der Gemeindeversammlung unangenehme Anträge gestellt werden. Auch wenn dies bedeutet, dass der Gemeinderat wieder auf den «Teckel» bekommt. Lasst euch nicht beirren, das gehört zum Job als Gemeinderat oder Gemeinderätin. Die finanziellen Probleme können nicht einfach weggezaubert, wegdiskutiert oder ignoriert werden. Der Gemeinderat soll weiterhin Lösungen suchen und an der Gemeindeversammlung präsentieren. Verbessern kann man sicher die Kommunikation. Der Antrag des Gemeindepersonalverbandes zum Teuerungsausgleich zeigt, dass noch nicht allen der Ernst der Lage bewusst ist. Auch beim Geschäft der Familienzulagen oder dem Geschäft der Regio Energie kann die Kommunikation verbessert werden. Es lagen gute Argumente vor, aber nicht alle wurden an die Öffentlichkeit gebracht und so wurde verpasst die Bevölkerung zu überzeugen. Die Bevölkerung hatte nicht den Vorteil der Anträge verstanden. Das ist die «Hausaufgabe» die der Gemeinderat angehen muss. In diesem Sinne tritt die Mitte/GLP-Fraktion einstimmig auf das Traktandum ein.

Der Antrag der SVP-Fraktion nicht auf das Budget einzutreten wird mit 2 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Voten aus den Fraktionen

Franco Supino hält fest, dass sich die SP-Fraktion intensiv mit dem Budget 2025 auseinandergesetzt hat. So wie alle anderen Fraktionen auch. Das Budget bildet das ab, was man sich vornimmt. Die SP-Fraktion stellt fest, dass die Stadtverwaltung viel für die Stadt Solothurn im Jahr 2025 leisten will und zwar für alle Bewohnerinnen und Bewohner. An dieser Stelle wird dem Finanzverwalter, Reto Notter, und der ganzen Stadtverwaltung gedankt. Es muss aber auch festgestellt werden, dass sich die Diskussion um das Budget jedes Jahr wiederholt. Die Kennzahlen sind von Jahr zu Jahr schlechter. Die Stadt gibt mehr Geld aus, als eingenommen wird. Es ist klar: Auf Dauer kann sich die Stadt das nicht leisten. Das heisst in Zukunft müssen die ordentlichen Ausgaben noch genauer geprüft werden und wo immer möglich muss gespart

werden. Vielleicht muss auch der Gemeinderat selber aktiv werden, weil dieser bisher einfach die Sparvorschläge der Verwaltung übernommen hat. Weiter müssen auch die Investitionen geprüft werden, da diese sehr hoch ausfallen. Leider muss tatsächlich gegen einen Investitionsnotstand der letzten Jahre angekämpft werden. Bekanntlich musste praktisch jedes Schulhaus renoviert werden und die Sanierungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Bahnhöfe weisen ebenfalls einen Investitionsbedarf auf. Das Landhaus wurde seit 1953 systematisch vernachlässigt. Das nächste grössere Sanierungsprojekt wird das Kunstmuseum sein. Das alles sind teure Investitionen, die nicht verschoben werden können. Aber es sind keine Luxusinvestitionen. Es sind Investitionen, die unserer Stadt dienen. Allerdings muss der Wirtschafts- und Finanzausschuss dieses Jahr über die Investitionen diskutieren, vor allem über das Thema Priorisierung. Auch muss über die Einnahmeseite gesprochen werden, nämlich die Steuereinnahmen. Der Steuerfuss wurde in den letzten Jahren mehrmals gesenkt. Die SP-Fraktion war und ist der Meinung, dass die Stadt ihre Aufgaben erfüllen können muss und dazu werden die entsprechenden Mittel benötigt. Das benötigte Geld kann nicht nur mit Sparen reingeholt werden. Das ist uns allen bewusst.

Heinz Flück teilt mit, dass die Fraktion der Grünen das Budget nicht beschönigen kann. Auch werden keinerlei Schuldzuweisungen gemacht. Alle jetzigen und früheren Beschlüsse sind demokratisch legitimiert. Trotzdem muss festgehalten werden, worin die Hauptgründe für die aktuelle Situation liegen. In der Vergangenheit wurde ein Investitionsstau produziert. Investitionsprogramme von deutlich unter 10 Mio. Franken wurden zum Anlass für nachhaltige Steuerensenkungen genommen. Nun muss festgestellt werden, dass dies nicht nachhaltig war. Die hohen Kosten der Stadtmistsanierung waren schon lange bekannt und dass ein paar Mitbürger seit Jahren dafür sorgen, dass beim Weitblick ins Leere investiert wird und dass auf absehbare Zeit keine neuen Bewohner und Steuerzahler in Stadt kommen, ist zwar rechtskonform aber trotzdem ärgerlich. **Die Fraktion der Grünen beantragt deshalb, in Anlehnung an die Finanzkommission eine Erhöhung des Steuerfusses um 5 Prozent.** Auch wenn das ungefähr den nicht eingesparten Kosten der Stadtpolizei entspricht. Die Fraktion der Grünen übernimmt nicht einfach die Begründung der Finanzkommission, aber teilt die Einschätzung derselben zur finanziellen Situation. Die Sanierung Stadtmist kostet uns jährlich 7 bis 8 Steuerprozent. Die zusätzlichen Anträge des Wirtschafts- und Finanzausschusses werden als «Murx» empfunden. Auch gegenüber dem Personal möchte die Fraktion der Grünen ein wenig grosszügiger sein. Zu den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses kann die Fraktion der Grünen festhalten, dass dem Antrag zur Einsparung der FTE nicht zugestimmt werden kann. Aus der Sicht der Fraktion ist diese Einsparung nicht planbar und auch nicht zielführend. Auch die «Rasenmähermethode» damit im baulichen Unterhalt und anderen Posten 10 Prozent eingespart werden soll, devaluiert alle, auch den Gemeinderat. An insgesamt sieben Sitzungen des Wirtschafts- und Finanzausschusses und an zwei Gemeinderatssitzungen zum Massnahmenplan Finanzen wurde anders entschieden. Aus Sicht der Fraktion wurden seriös, einzelne Massnahmen gründlich geprüft und jetzt soll mit der «Rasenmähermethode» trotzdem das Budget «beschönigt» werden. **Aus den genannten Gründen wird die Fraktion der Grünen den zusätzlichen Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses nicht zustimmen.** Zur Verdeutlichung weist Heinz Flück auf den folgenden Punkt hin: Der Unterhalt in der Abwasserbeseitigung soll gekürzt werden. Die Rechnungsprüfungskommission hat die Stadt letztes Jahr gerügt, weil zu viel Geld in dieser Spezialfinanzierung vorhanden war. Aber nun sollen in diesem Bereich Investitionen hinausgeschoben werden. Das passt nicht zusammen. Oder zur Teuerungsanpassung: Im Ausschuss wurden unterschiedliche Prozentzahlen diskutiert. Beim Lesen des Protokolls war ihm, als sei er an der Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses nicht anwesend gewesen. Das Protokoll liest sich wie das Geschehen an einem Basar. Die Anträge sind aufgrund der Finanzlage teilweise nachvollziehbar aber sehr knauserig. Es wird wenig Wertschätzung gegenüber dem Personal gezeigt. Deshalb schlägt die Fraktion der Grünen vor, dass ab sofort beim Budget der Teuerungsausgleich auf die jährliche Bekanntgabe der Teuerung im Oktober abgestellt wird. Auch künftig wird der Gemeinderat im November über die Teuerung beschliessen. Andere Verwaltungen nehmen einen Index der

weiter zurückliegt als Oktober. Im Grundsatz ist die Fraktion mit dem vollen Jahresteuerausgleich mit dem Ausschuss einig. Jedoch möchte die Fraktion nicht nur einen «Krümel» der Teuerung ausgleichen, sondern gleichzeitig die Hälfte des Rückstandes der Teuerung dem Personal zurückgeben. Vor einem Jahr verzeichnete die Stadt beim Personal einen Rückstand von 1.5 Indexpunkte. Die Hälfte vom Rückstand sind 0.75 Indexpunkte. Die Differenz von letztem Jahr bis zum Oktober dieses Jahres sind 0.9 Indexpunkte, ergibt in der Summe 1.65 Indexpunkten oder aufgerundet 1.7 Indexpunkte, was 1.6 Prozent Teuerungsausgleich entspricht. **Die Fraktion der Grünen stellt den Antrag die Teuerung um 1.6 Prozent auszugleichen.**

Charlie Schmid hält fest, dass die FDP-Fraktion der Verwaltung dankt, insbesondere dem Finanzverwalter, Reto Notter, und seinem Team für die grosse Arbeit im Rahmen des Budgets 2025. Ebenso würdigt die Fraktion die sehr gute Arbeit des Wirtschafts- und Finanzausschusses. Das Hinterfragen von notwendigen und nicht notwendigen Budgetposten hat die Nettoinvestitionen von ursprünglich 22.3 Mio. Franken auf 17.7 Mio. Franken reduziert und den Finanzierungsfehlbetrag von fast 30 auf 23.7 Mio. Franken gesenkt. Trotzdem reichen diese Massnahmen hinten und vorne nicht. Es muss nicht noch einmal erwähnt werden, dass es um die Stadtfinanzen «hundsmiserable» gestellt ist. Das heisst auch, die allererste Priorität muss sein, die Finanzen der Stadt ins Lot zu bringen. Dazu wird jede Verwaltungseinheit aufgerufen. Vor diesem Hintergrund war die FDP-Fraktion verwundert, dass im baulichen Unterhalt noch Fr. 360'000 gefunden wurden, die nicht unbedingt notwendig sind. Auch die Kürzungen in den Drittdienstleistungen sind Positionen, die bereits beim verwaltungsinternen Budgetprozess bereinigt werden sollten. Als Bemerkung: Das Bild fünf vor zwölf kommt in der Öffentlichkeit nicht überall an. So wurde das teure Projekt Bahnhof Süd deutlich durchgewunken. Man gibt eine Empfehlung ab und es steht niemand auf die Bremse, um das Gewünschte vom Machbaren zu trennen. Charlie Schmid kann sich erinnern, dass die FDP-Fraktion bei den Schulhäusern auf weiter Flur alleine war, die gesagt hat, es muss günstiger gehen. Mittlerweile sieht man, dass es günstiger auch gehen würde. **Den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses wird die FDP-Fraktion zustimmen.** Auch weiteren Anträgen, die zu einer Verbesserung des Budgets 2025 führen wird die FDP-Fraktion zustimmen und alle Anträge für eine Verschlechterung des Budgets ablehnen. Beim Teuerungsausgleich ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass der Betrag zukünftig festgelegt werden soll. **Wie die GLP-Fraktion vorgeschlagen hat, spricht sich die FDP-Fraktion für einen Teuerungsausgleich von 0.8 Prozent im kommenden Jahr aus.** Bei der Pensenreduktion besteht die Erwartung, dass die Verwaltung aufzeigt, welche Einsparungen möglich sind. Auch wenn das heisst, dass Dienstleistungen abgebaut werden. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die FDP-Fraktion klar gegen eine Erhöhung des Steuerfusses. Mit der Beibehaltung der Stadtpolizei ist eine wesentliche Massnahme vom Tisch, aber die Massnahme wäre so oder so erst in mehreren Jahren budgetrelevant geworden. Die FDP-Fraktion will erst einmal sehen, wie sich die übrigen Massnahmen auswirken. Dabei muss der Spardruck weiterhin aufrechterhalten werden. Die Bevölkerung erwartet vom Gemeinderat, dass die «Hausaufgaben» mit Nachdruck erledigt werden. In diesem Zusammenhang weist Charlie Schmid darauf hin, dass in dieser Stadt seit über 10 Jahren kein Wachstum besteht, was grössten Teils auf die «vermurxte» Ortsplanungsrevision zurückzuführen ist. Das ist auf Seite 19 im Budget abgebildet. Die Einnahmen der Stadt sind stabil geblieben, aber die Kosten sind explodiert. Deshalb erlaubt sich Charlie Schmid ein weiterer Hinweis: In den nächsten Jahren muss die Stadt endlich zu einem markanten und qualitativen Steuersubstrat kommen. Ein nachhaltiges Wachstum muss generiert werden. Zusammen mit den Sparbemühungen wird dies hoffentlich zum Erfolg führen, ansonsten wird eine Steuererhöhung selbstverständlich unumgänglich.

Marianne Wyss dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Finanzverwalter, Reto Notter, und seinem Team für die Erarbeitung des Budgets sowie dem Wirtschafts- und Finanzausschuss für die Vorberatung. Die Stadt muss sparen und das überall. Das Votum der SP-Fraktion kann die SVP-Fraktion nicht nachvollziehen. Sparen ist möglich, denn nicht alle Projekte müssen

vergollet werden und auch nicht alle sind wirklich nötig. Die SVP-Fraktion spricht sich gegen eine Teuerungsanpassung aus! Die Stadt hat kein Geld und die Verwaltung ist finanziell gesehen schon zu gross, weshalb sich die Fraktion gegen einen Teuerungsausgleich ausspricht. Es wird überall gespart, aber nie bei den Personalkosten. Der Kanton zahlt bspw. auch kein Ausgleich. In der Privatwirtschaft würde auch nie jemand auf die Idee kommen dem Personal mehr Lohn auszuzahlen, wenn die Firma rote Zahlen schreibt. Also wieso sollte die Stadt Solothurn dies machen? Weiter ist die SVP-Fraktion gegen eine Steuererhöhung, denn das behebt das eigentliche Problem nicht. Solange die Stadt die Ausgaben nicht im Griff hat, kann nicht der Steuerzahler oder die Steuerzahlerin bestraft werden.

Ein gutes Beispiel dafür liefert der Antrag der Fraktion der Grünen. Zum einen soll mehr Lohn ausbezahlt werden mit einem Teuerungsausgleich von 1,6 Prozent, aber zum anderen soll der Steuerzahler und die Steuerzahler mit 5 Steuerpunkten bestraft werden. Wo bleibt hier die Fairness? **Die Parole der SVP-Fraktion lautet klar Nein zum Teuerungsausgleich und Nein zur Steuererhöhung. Den restlichen Anträgen wird die SVP-Fraktion zustimmen.**

Franco Supino ergänzt die Meinung der SP-Fraktion zu verschiedenen Punkten. **Zum Teuerungsausgleich beantragt die Fraktion, wie bereits auch im Ausschuss und wie die Fraktion der Grünen auch, einen Ausgleich von 0.5 Prozent.** Ein Teuerungsausgleich ist keine Lohnerhöhung, sondern eine Kompensation für den Verlust der Kaufkraft. Deshalb werden starke Argumente benötigt, einen Ausgleich nicht zu sprechen. **Zum Antrag die Vollzeitstellen linear zu kürzen, spricht sich die SP-Fraktion klar dagegen aus.** Es ist besser zu bestimmen wo gekürzt wird, jedoch hat der Gemeinderat keine Übersicht über den Stellenplan. Das ist die Grundlage, damit über Vollzeitstellen diskutiert werden kann. Aus diesem Grund wird die Parteikollegin, Corinne Widmer, dazu einen Gegenantrag stellen. Zum Steuerfuss muss festgehalten werden, dass sich die Stadt mit dem vorliegenden Budget viel vornimmt, was die Fraktion begrüsst. Offenbar werden viele Aufgaben von der Bevölkerung als wichtig wahrgenommen, weshalb die Finanzen, die die Stadt vor 20 Jahren hatte nicht ausreichen. In den letzten Jahren wurden einige Steuererleichterungen beschlossen. So wurden 2017 die Steuerprocente von 115 auf 112 gesenkt, 2018 von 112 auf 110 Steuerprocente und 2020 von 110 auf 107 Steuerprocente. Das heisst in den letzten Jahren wurden die Steuern um 8 Steuerprocente reduziert. Dazu kommen zwei weitere Steuererleichterungen (ERTRA und STAFF), die die Stadtkasse erleichtern. In der SP-Fraktion war man sich uneins, wie auf den Steuerfuss reagiert werden soll. Die einen Parteikollegen sagen, falls man jetzt mit einer Steuererhöhung kommt, könnte eine Trotzreaktion entstehen. Die Integration der Stadtpolizei wurde nicht befürwortet, abgesehen davon, wie die Stadtpräsidentin, Stefanie Ingold, ausgeführt hat, wäre es auch nicht in diesem Budgetprozess relevant gewesen, wahrscheinlich nicht einmal im Jahr 2026. **Also wird ein Teil der SP-Fraktion erstmal abwarten und keinen Antrag zur Steuererhöhung stellen.** Die anderen Parteikollegen sagen, eigentlich hat eine Steuererhöhung mit der Stadtpolizei gar nichts zu tun. Das Problem ist, die Stadt hat kein Geld mehr. Bereits Ende dieses Jahres wird das Vermögen der Stadt aufgebraucht sein. Es wird ein operativer Verlust von 11.3 Mio. Franken im 2025 budgetiert. Dieser Betrag wird der Finanzverwalter bei einer Bank aufnehmen müssen, weil die buchhalterischen Tricks, die gerade gemacht werden, nichts bringen. Die Stadt wird also nächstes Jahr 11 Mio. Franken Schulden machen. Ehrliche Finanzpolitik bedeutet für einen Teil der SP-Fraktion, dass bezahlt wird was ausgegeben wird. Schuldenwirtschaft ist weder eine ehrliche noch eine nachhaltige Finanzpolitik. Darum wäre es wichtig jetzt moderat die Steuern zu erhöhen. **Deshalb wird ein Teil der SP-Fraktion dem Antrag der Fraktion der Grünen zustimmen.**

Claudio Hug teilt mit, dass die Mitte/GLP-Fraktion die Voten der Fraktion der Grünen und der SP-Fraktion betreffend die Steuern nachvollziehen kann. Betrachtet man die Situation, müsste man sagen eine Steuererhöhung ist offensichtlich notwendig. Um diese Frage zu beurteilen hat die Fraktion die Zahlen, die der Finanzverwalter, Reto Notter, eingeblendet hat, die aufzeigen wie hoch der Steuerfuss sein müsste, analysiert. Die Zahlen sind teilweise dramatisch mit

bis zu 150 Prozent Steuererhöhung. Es stellt sich also die Frage, wo die Chancen in den nächsten 4 Jahren liegen, die in dieser Planung nicht abgebildet sind. Es sind einfache Berechnungen nicht enthalten. Es fehlt nämlich ein reales Wirtschaftswachstum. Die Teuerung wurde mit einem Faktor von 1.3 in der Progression ausgeglichen. Der Bund rechnet neben der Teuerung der Steuereinnahmen mit einem realen Wachstum von 1.5 Prozent. Rechnet die Stadt Solothurn ebenfalls mit einem realen Wirtschaftswachstum von 1.5 Prozent, würde die Rechnung der Stadt im Jahr 2028, durch die Kumulierung, um 4.5 Mio. Franken besser ausfallen. Weiter kann festgehalten werden, dass die Rechnung jeweils besser ausgefallen ist als das Budget. Im Durchschnitt lagen die Ausgabenunterschreitungen bzw. die Minderausgaben der letzten 4 Jahre jedes Jahr bei 4 Mio. Franken. Das sind 4 Mio. Franken Abweichung im Budget auf der Ausgabenseite. Weiter muss man sich fragen, was von der Ortsplanungsrevision zu erwarten ist. Im Moment wird im Finanzplan von einem Bevölkerungswachstum von 0.2 Prozent ausgegangen. Betrachtet man das räumliche Leitbild, werden mehrere tausend Bewohner erwartet. Deshalb wurde mit 800 Haushalten im Jahre 2028 gerechnet. Mit der Annahme jeder Haushalt bezahlt Fr. 5'000 Gemeindesteuern, ergibt das weitere 4 Mio. Franken. Zusammengerechnet kommt man nun auf 12.5 Mio. Franken. Claudio Hug behauptet, eine Finanzverwaltung in Frankreich oder Italien würde sagen: «Super nehmen wir, Problem zu 3/4 gelöst.» Das heisst nicht, dass der Finanzverwalter, Reto Notter, auch so denken soll. Aber auch diese Seite muss beachtet werden, bevor eine Steuererhöhung beantragt wird. Es gibt weitere Unbekannte, teilweise bereits genannt. Im Finanzplan ist eine Einsparung von 3.7 Mio. Franken das Ziel, das der Gemeinderat in der Legislaturperiode festgelegt hat. Auch wurden reale Massnahmen beschlossen mit einem Volumen von ca. 6.9 Mio. Franken. Weiter gab es diverse Massnahmen, die nicht quantifizierbar oder die später genauer betrachtet werden müssen (Bsp. Familienzulagen in der DGO-Revision). Das Parkplatzreglement wurde erst zum Teil quantifiziert. Ein weiterer Faktor ist die massive Teuerung im 2023. Das war beispiellos in der Schweiz. Beeinflusst diese Teuerung die Einnahmen im 2024 oder 2025? Gibt es höhere Transaktionskorrekturen? Wie sieht es aus mit der Regio Energie? Kommt das Geschäft noch einmal oder nicht mehr in den nächsten 2-3 Jahren? Gibt es ein neues Entlastungspaket? Darüber muss man sich ebenfalls Gedanken machen. Heute wird der Antrag auf Reduktion der FTEs gestellt. Weiter steht die Idee im Raum, Regiobankaktien zu verkaufen, oder der Bereich Kultur näher zu betrachten. All das sind Unsicherheiten, auf all das liegen noch keine Antworten vor. Diese Antworten sind jedoch notwendig, da diese Parameter zwischen 0-20 Prozent liegen. Zuerst müssen die Annahmen des Spektrums geklärt werden, bevor ein Antrag der Gemeindeversammlung zur Steuererhöhung vorgelegt werden kann. **Die Mitte/GLP-Fraktion stellt den Antrag die Teuerung mit 0.8 Prozent auszugleichen, also die effektive Teuerung, wie der Ausschuss vorgeschlagen hat.** Es soll keine Kürzung und keine Realloohnerhöhung sein. Die Entwicklung der FTEs wurden vom Finanzverwalter, Reto Notter, vorgestellt. Es muss festgestellt werden, dass die FTEs zwischen 2010 und 2023 von 201 (Zentralverwaltung ohne Lehrerstellen) auf 222 FTEs angestiegen sind. Das sind 10 Prozent. Jedoch ist die Bevölkerung gleichzeitig nur um 0.3 Prozent angestiegen. Deshalb ist es vertretbar bei den FTEs genauer hinzuschauen. Im 2025 soll 1 Prozent der FTEs, im 2026 2 Prozent und im 2027 3 Prozent durch Optimierungen und den Verzicht auf kleine Aufgaben gekürzt werden. Dieser Auftrag soll heute erteilt werden. Die Verwaltung kann mit diesem Vorschlag langfristig planen. Es ist besser im ersten Jahr kleine Massnahmen umzusetzen und danach gezielte Massnahmen in den Folgejahren. Der Aufgabenverzicht soll langfristig geplant und umgesetzt werden. **Die GLP/Mitte-Fraktion stellt den Antrag 2025 in den Folgejahren 2026 und 2027 zusätzliche Kürzungsmassnahmen bei den FTES um jeweils 1 Prozent durchzuführen.** Da erwartungsgetreu budgetiert wird, soll der Antrag direkt ins Budget einfließen. Der Umsetzungsvorschlag des Finanzverwalters, Reto Notter, ist ein gangbarer Weg. Die Feinverteilung kann erst erfolgen, sobald die Gemeinderatskommission entschieden hat. Falls die Beschlüsse der Verwaltung abgelehnt werden, muss gezwungenermassen ein Nachkredit beantragt werden.

Wolfgang Wagmann macht beliebt, dass endlich eine geordnete Diskussion geführt wird. So wie es in den guten alten Zeiten mit guten Zahlen gemacht worden ist. Zunächst soll über den Teuerungsausgleich als abschliessendes Geschäft beraten werden. Das wird in eigener Kompetenz beschlossen und muss nicht an die Gemeindeversammlung. Danach kann über den zentralen Block plus die Investitionsrechnung gesprochen werden. Ganz am Schluss kann dann über die Steuersenkung beziehungsweise Steuererhöhung diskutiert werden. Damit wird eine Replik der Diskussionen zu den einzelnen Themen vermieden.

Die Vorsitzende, **Stefanie Ingold** führt durch die Detailberatung. Zu den Seiten 5 bis 27, 32 bis 34 und 38 bis 42 des vorliegenden Budgets gibt es keine Bemerkungen. Zur internen Erfolgsrechnung gibt es einige Anträge, die vorgängig behandelt werden. Reto Notter, Finanzverwalter, wird diese einblenden. Der Finanzverwalter führt zum Antrag vom Wirtschafts- und Finanzausschuss, die Kürzung des Stellenetats um 0,5 Prozent im Budget auszuweisen aus, dass dieser Antrag aus Sicht der Verwaltung reine Budgetkosmetik ist. Wird dem Antrag entsprochen, werden die budgetierten Beträge um 0,5 Prozent gekürzt, da die Stellen aber bewilligt sind, können sie auch besetzt werden. Wenn der Gemeinderat wünscht, die Stellen zu kürzen, müsste er der Verwaltung den Auftrag geben, die besetzten Stellen seien um x-Prozent zu kürzen, die Verwaltung soll der Gemeinderatskommission einen Antrag unterbreiten. Die Stellenaufhebung unterliegt der Kompetenz der Gemeinderatskommission. Werden Stellen aufgehoben, hat das wiederum Auswirkungen auf die Jahresrechnung. **Aus all diesen Gründen wird beantragt, den Antrag um Kürzung der Besoldungen des Verwaltungs- und Betriebspersonals um 0,5 Prozent im Budget 2025 abzulehnen.**

Heinz Flück fragt, ob über diesen Antrag im Budget beschlossen werden kann, da der Zusatzantrag der GLP-Mitte-Fraktion den Finanzplan betrifft und nicht das Budget 2025.

Claudio Hug merkt an, dass es geht, da es sich um ein Sachgeschäft handelt. Beim Budget muss schliesslich der Finanzplan im Auge behalten werden, was hiermit erfolgt. Der Gemeinderat beschliesst also sowohl über das Budget als auch über den Finanzplan. Anträge finanzieller Natur müssen daher jetzt gestellt werden. Es ist also eine vorausschauende Planung.

Der Stadtschreiber, **Urs Unterlerchner** ergänzt, dass das Vorgehen korrekt ist, da die Anträge für das Jahr 2025 budgetwirksam ausgewiesen werden. Die zusätzlichen Ergänzungen sind für die Verwaltung in den Folgejahren relevant. Diese haben aber keinen Einfluss auf die Anträge für die Gemeindeversammlung.

Der Antrag der GLP/Mitte-Fraktion wird dem Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses gegenübergestellt:

Dem Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses das Stellenetats der Stadtverwaltung um 1 Prozent zu kürzen und diese Massnahme mit 0,5 Prozent ins Budget 2025 aufzunehmen, stimmen 6 Gemeinderatsmitglieder zu.

Dem Antrag der GLP/Mitte-Fraktion den Stellenetats der Stadtverwaltung in den Jahren 2025, 2026 und 2027 um jeweils 1 Prozent, gesamthaft also um 3 Prozent zu kürzen, stimmen 17 Gemeinderatsmitglieder zu.

Das Abstimmungsergebnis erfolgt bei 7 Enthaltungen.

Somit obsiegt der Antrag der GLP/Mitte-Fraktion und wird dem Antrag der Verwaltung gegenübergestellt.

Dem Antrag der Verwaltung, das Budget so zu belassen wie es ist, ohne Kürzungen des Stellenetats, stimmen 12 Gemeinderatsmitglieder zu.

Dem Antrag der GLP/Mitte-Fraktion den Stellenetats der Stadtverwaltung in den Jahren 2025, 2026 und 2027 um jeweils 1 Prozent, gesamthaft also um 3 Prozent zu kürzen, stimmen 18 Gemeinderatsmitglieder zu.

Somit obsiegt der Antrag der GLP/Mitte-Fraktion und wird dem Antrag der Verwaltung gegenübergestellt.

Der Finanzverwalter, **Reto Notter** merkt an, dass die Stellen der Verwaltung und der Stadtschulen unterschiedlich budgetiert werden. Er wird die Budgetierung des Antrages des Gemeinderates prüfen.

Corinne Widmer fügt an, dass beim Personal nicht mit einer Heckenschere vorgegangen werden soll. Es soll nicht prozentual oder mit irgendeiner numerischen Grösse quantitativ alles zurechtgestutzt werden. Mit dem Personal muss sorgsam umgegangen werden. Natürlich kann geprüft werden, ob beim Personal Einsparungen möglich sind. Zuerst soll aber der Stellenplan sorgfältig betrachtet werden. Wie vorher bei der Schulraumplan festgestellt, will man bei der Bildung nicht sparen. Aus ihrer Sicht, sollte die Kürzung über die gesamte Stadtverwaltung Konsequenzen haben. Als Arbeitgeberin können nicht einzelne bevorzugt oder einzelne benachteiligt werden. **Die SP-Fraktion stellt den Antrag zeitnah einen Stellenplan zu erstellen für alle Organisationseinheiten (OE) mit Gegenüberstellung von bewilligten Stellen und aktueller Besetzung der Stellen in FTE. Die verantwortlichen Leitungspersonen der OE machen z.H. der Gemeinderatskommission ein qualitatives Reporting zu ihrem jeweiligen Stellenplan (Bedingung: Leitung muss mind. 2 Jahre die OE führen und OE muss mind. 2 Jahre in dieser Struktur bestehen).** Die Angelegenheit muss von den Mitgliedern der Gemeinderatskommission entschieden werden. Es müssen qualitative Entscheidungen gefällt werden.

Charlie Schmid hält fest, dass der Antrag der SP-Fraktion kein Gegenantrag ist, sondern ein zusätzlicher. Die Stadtpräsidentin, **Stefanie Ingold**, bestätigt das.

Christian Riggensbach fragt, ob ein Stellenplan als Anhang zum Budget nicht sinnvoll wäre? Dann kann über beides abgestimmt werden. Ein Stellenplan zuhanden der Gemeinderatskommission ist zwar schön, aber der Gemeinderat muss für die Diskussion des Budgets auch wissen, wie stark der Stellenplan ausgeschöpft ist. Zumindest sollte der Stellenplan dem Ausschuss PKSS zur Verfügung gestellt werden.

Corinne Widmer fügt an, dass im Antrag bewusst keine zeitliche Komponente genannt wurde. Es ist aber an der Zeit einen Stellenplan im Verwaltungsbericht auszuweisen.

Der Antrag der SP-Fraktion zeitnah einen Stellenplan zu erstellen für alle Organisationseinheiten (OE) mit Gegenüberstellung von bewilligten Stellen und aktueller Besetzung der Stellen in FTE (wie oben ausgeführt) wird mit 12 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Stefanie Ingold, Stadtpräsidentin, informiert, dass zu den beantragten Budgetänderungen nach oder vor der Beratung im Wirtschafts- und Finanzausschuss übergegangen wird. Das Stadtbauamt hat eine Liste erstellt. Auf dem Tabellenblatt sind konkrete Kürzungsvorschläge aufgezeigt. Eine pauschale Kürzung über so viele Positionen macht keinen Sinn. Es muss ausgewiesen werden, was genau gekürzt wird. Aus diesen Gründen wird beantragt, die beiden Anträge abzulehnen oder separat über die Anträge zu beschliessen. Es handelt sich um Einsparungen von 10 Prozent im baulichen Unterhalt und in der Rubrik Dienstleistungen Dritter.

Pascal Walter merkt an, dass er sprachlos ist. Der Leiter Stadtbauamt nahm an den Sitzungen des Wirtschafts- und Finanzausschusses teil. Dieser meinte, weitere Kürzungen seien kein

Problem und können gemacht werden. Und jetzt teilt das Stadtbauamt mit, dass doch keine Kürzungen möglich sind. Es ist das dritte Mal, dass sowas im Budgetprozess passiert. Bereits in den Diskussionen zum Finanzplan sorgte der Leiter Stadtbauamt für Verwirrung. Der Ausschuss hat beschlossen, dass Gelder gestrichen werden müssen. Es wurde dem Ausschuss seitens Leiter Stadtbauamt versichert, «Ja, das geht bestimmt. Wir klären es ab.» Dann wird dem Ausschuss mitgeteilt, es geht doch nicht. Dann heisst es im Ausschuss, es geht und jetzt an der Gemeinderatssitzung heisst es wieder, es geht nicht. Bitte entscheidet euch endlich. Pascal Walter wird dem Antrag zur Kürzung zustimmen, weil diese Situation nicht ernst genommen werden kann.

Laura Gantenbein merkt an, dass nach ihrem Verständnis im Antrag nicht gesagt wird, es geht nicht. Das Stadtbauamt ist der Meinung, dass es nicht gemacht werden soll. Diese Meinung ist auch nicht erst jetzt vorhanden.

Stefanie Ingold, Stadtpräsidentin, ergänzt, es geht darum, auf die pauschalen Kürzungen zu verzichten. Es liegt eine Liste mit konkreten Vorschlägen für Einsparungen vor, die vorgeschlagen wird zu genehmigen, anstelle der pauschalen Kürzungen.

Reto Notter, Finanzverwalter, ergänzt, dass im Ausschuss ursprünglich die Kürzung um 10 Prozent beschlossen wurde. Der Leiter Stadtbauamt, Yves Gaudens, entgegnete darauf hin, dass er anhand einer Liste aufzeigen wird, wo welche Kürzungen möglich sind. Somit war bereits im Ausschuss klar, dass es keine pauschale Kürzung von 10 Prozent geben wird, sondern eine Liste mit Kürzungsvorschlägen erarbeitet wird. Auf der Liste sind Kürzungen von Fr. 372'000 enthalten. 10 Prozent der Rubrik baulicher Unterhalt betragen Fr. 360'000 im baulichen Unterhalt und die Dienstleistungen Dritter Fr. 280'000.

Christian Herzog merkt an, dass in der vorliegenden Liste, nicht alle Massnahmen umgesetzt werden können. Beim Unterhalt Abwasserbeseitigung handelt es sich um eine Selbstfinanzierung, weshalb die Kürzung keine Einsparung darstellt. Demzufolge wird eine Liste vom Stadtbauamt erstellt, die gar nicht zu Einsparungen führt.

Reto Notter, Finanzverwalter, informiert, dass im Unterhalt der Abwasserbeseitigung pauschal Fr. 46'000 bis 47'000 gestrichen werden könnten. Diese Kürzung hat zwar auf das Gesamtergebnis keinen Einfluss, weil es eine Spezialfinanzierung ist, aber auf die Liquidität.

Christian Riggensbach gibt zu bedenken, dass hier über ein kaputtes Dach oder Ähnliches gesprochen wird. Es regnet teilweise rein und Schäden entstehen. Er ist der Ansicht, dass sparen im baulichen Unterhalt keine gute Idee ist. Es darf nicht in einem Bereich gespart werden, in dem Multiplikationseffekte entstehen.

Laura Gantenbein merkt an, dass sie ausnahmsweise gleicher Meinung ist wie Christian Herzog. Für sie ist es auch schwierig, über einer Zusatzliste zu entscheiden, die erst bei der Budgetbesprechung vorgelegt wird.

Stefanie Ingold, Stadtpräsidentin, unterbricht die Diskussion und weist darauf hin, dass es sich um vorliegende Anträge handelt.

Laura Gantenbein fährt fort, dass die Anträge bereits im Wirtschafts- und Finanzausschuss behandelt wurden. Schon im Ausschuss hat sie sich gegen das Sparen beim Unterhalt ausgesprochen.

Jörg Aebischer leitet her, wie der Ausschuss zu diesem Antrag gekommen ist. Es war an der Ausschusssitzung vom 16. Oktober 2024, was im Protokoll nachgelesen werden kann. In der Budgetberatung wurden die Möglichkeiten für Kürzungen diskutiert. Es hiess, im baulichen

Unterhalt gäbe es noch Möglichkeiten. Dabei wurde diskutiert, ob ein Sonnensegel in der Badi ersetzt werden soll oder nicht. Seiner Ansicht nach ist es falsch, über einzelne Massnahmen wie der Ersatz eines Sonnensegels im Gemeinderat zu diskutieren. Der Spielraum wollte der Ausschuss dem Operativen überlassen. So gelangte der Ausschuss in Anwesenheit des Leiters Stadtbauamt und Finanzverwalters zum Antrag der Einsparungen von 10 Prozent. Innerhalb von vier Tagen wurde dem Ausschuss eine Liste zu den Dienstleistungen Dritter zugestellt. Auch hier ist der Spielraum von 10 Prozent in der Diskussion zusammen mit den Betroffenen entstanden, mit der gesamten Betrachtung aller Themen. Übrigens war der Auftrag 10 Prozent dort zu kürzen, wo keine vertraglichen Verpflichtungen sind. Der Betrag konnte damals nicht genau quantifiziert werden. Jetzt stellt man fest, die 10 Prozent sind nicht vollumfänglich möglich. Deshalb macht Jörg Aebischer beliebt, auf die Fr. 372'000 entsprechend einzutreten.

Franco Supino ergänzt, dass er dem Leiter Stadtbauamt gratuliert. Einfach 10 Prozent zu kürzen wäre eine Aktion ins Blaue gewesen. Jetzt liegt eine konkrete Liste vor und der Gemeinderat weiss, was genau er beschliesst.

Pascal Walter merkt an, dass er den Vorrednern recht gibt. Er hat den Antrag des Stadtbauamtes anfänglich missverstanden und revidiert seine Aussage. Zu den Fr. 372'000 werde er seine Zustimmung geben.

Der Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses wird dem Antrag des Stadtbauamtes gegenübergestellt:

Dem Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses 10 Prozent in der Rubrik baulicher Unterhalt und in der Rubrik Dienstleistungen Dritter zu kürzen, stimmen 6 Gemeinderatsmitglieder zu.

Dem Antrag des Stadtbauamtes die vorliegende Liste mit insgesamt Einsparungen von Fr. 372'000 zu beschliessen, stimmen 23 Gemeinderatsmitglieder zu.

Das Abstimmungsergebnis erfolgt bei 1 Enthaltung.

Somit obsiegt der Antrag des Stadtbauamtes.

Es entsteht eine kurze Verwirrung zu was der Gemeinderat nun Ja gesagt hat.

Der Stadtschreiber, **Urs Unterlerchner** interveniert. Der Gemeinderat hat soeben den Antrag vom Stadtbauamt angenommen, anstatt der beiden Anträge des Wirtschafts- und Finanzausschusses.

Auf Wunsch des Gemeinderates wird über den obsiegenden Antrag erneut abgestimmt.

Der Antrag des Stadtbauamtes die vorliegende Liste mit insgesamt Einsparungen von Fr. 372'000 in den Rubriken baulicher Unterhalt und Dienstleistungen Dritter wird mit 24 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt.

Nun wird der Antrag zur Budgetänderung betreffend Anschaffung von Geräten allgemeiner Dienste und Entschädigung ARA Wasserbeseitigung über die Spezialfinanzierung beschlossen.

Der Antrag zur Entschädigung der ARA für die Wasserbeseitigung und die Anschaffung von Geräten allgemeiner Dienste wird mit 27 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen angenommen.

Reto Notter, Finanzverwalter, führt weiter aus, dass es bei den nächsten Anträgen um die Gemeindeversammlung geht. Die Regio Energie wird als AG im Budget ausgewiesen. Es ist eine Kontoanpassung. Die Verzinsung ist mit 0.5 Mio. Franken Gewinnablieferung enthalten. Es wird aber von 1 Mio. Franken Gewinnablieferung ausgegangen.

Die vorliegende Liste Budgetänderung wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Reto Notter, Finanzverwalter, informiert, dass die Korrekturen zu den PICTs Lektionen der Stadtschulen in den Position 21.20, 21.30 (tiefere Ausgaben) sowie in der Position 21.93 (höhere Ausgaben) enthalten sind. Somit widerspiegelt das Budget die Schulenplanung. Ausgenommen der zusätzlichen, voll budgetierten 28 kommunalen Lektionen. Ausserdem wurden 41 Klassen beschlossen. Im Budget sind für 2025 und 2026 eventuell 42 Klassen ausgewiesen. Die eventuell 42. Klasse wird der Finanzverwalter aufgrund des heutigen Gemeinderatsbeschlusses aus dem Budget 2025 streichen. Ausserdem sind auf Seite 25 die Abschreibungen der Vorfinanzierungen falsch. Das wird entsprechend korrigiert, ist aber erfolgsneutral. Auf Seite 49 muss gemäss den Spitztexttarifen, die beschlossen wurden, das Budget um höhere Kosten von Fr. 96'000 angepasst werden. Die Ablieferung der Regio Energie aufgrund der Teuerung wird im Budget berücksichtigt.

Stefanie Ingold, Stadtpräsidentin, informiert, dass bei der Investitionsrechnung diverse Sachen explizit betrachtet werden müssen. Es geht um die Verschiebung von Budgetposten, die den Weitblick und das Kunstmuseum betreffen. Die Gebäudehüllensanierung des Kunstmuseums wurde erneut geprüft. Das Projekt wurde um Fr. 500'000 gekürzt. Die Prüfung hat ergeben, dass im ersten Schritt im Minimum Fr. 600'000 benötigt werden. Der Antrag der Verwaltung lautet daher, Fr. 600'000 für die Sanierung des Kunstmuseums ins Budget 2025 aufzunehmen.

Die Sanierung Kunstmuseum wird im Budget 2025 mit Fr. 600'000.- mit 20 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung aufgenommen.

Stefanie Ingold, Stadtpräsidentin, informiert, dass im Budget 2025 für den Weitblick Nord; Strassen, Beleuchtung und Begrünung Fr. 900'000 eingestellt waren, im Finanzplan wurde dieses Projekt um zwei Jahre verschoben und der Betrag ganz gestrichen, deshalb beantragt der Wirtschafts- und Finanzausschuss, den Betrag auf Fr. 0 zu kürzen. Gemäss Tiefbau, muss bei einem Baustopp das Überwachungskonzept weitergeführt werden, diese Kosten fallen somit auch im 2025 an. Bei einem Baustopp gilt zu bedenken, dass der früheste Baustart für dieses Projekt erst im 2027 möglich ist. Entspricht dies dem Willen des Gemeinderates, kann der Betrag um Fr. 860'000 auf Fr. 40'000 gekürzt werden.

Barbara Feldges fragt nach, was im genannten Überwachungskonzept genau enthalten ist.

Yves Gaudens, Leiter Stadtbauamt, informiert, dass für die Überbauung die Erdbewegungen überwacht werden. Es geht um Setzungen und Schwingungen. Der Boden wird permanent gemessen. Damit wird sichergestellt, dass keine Schadensersatzforderung oder dergleichen auf die Stadt zukommt. Es geht also um eine Kontrolle.

Pascal Walter fragt, warum der Baustart erst 2027 sein soll. Heisst das, es braucht immer zwei Jahre Vorlaufzeit bis gestartet werden kann?

Yves Gaudens, Leiter Stadtbauamt, informiert, dass ca. 6 Monate Vorlaufzeit benötigt werden, da man weiss, was gebaut wird und die Submission vorhanden ist. Die Arbeiten müssen aber neu vergeben werden, danach kann gestartet werden.

Christian Herzog fragt nach, ob somit 2027 durch 6 Monate ersetzt werden kann.

Jörg Aebischer fragt sich, ob die Vorlaufzeit nicht bereits während der Beratung des Finanzplanes und der Budgetberatung im September und Oktober bekannt gewesen ist, da es sich um keine technisch bauliche neue Begebenheit handelt. Es ist schwierig, bis mühsam, dass erst heute solche Anträge gestellt werden, nachdem das Ganze bereits im Wirtschafts- und Finanzausschuss mehrmals durchbesprochen wurde.

Der Antrag die Budgetposition Weitblick Nord; Strassen, Beleuchtung und Begrünung auf Fr. 40'000 zu kürzen wird mit 26 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Yves Gaudes, Leiter Stadtbauamt, informiert, dass für die laufenden Arbeiten an der Obachstrasse Süd Fr. 300'000 für die Bezahlung von Rechnungen notwendig sind. Ein Teil der Rechnungen wird noch dieses Jahr gestellt, der andere Teil nächstes Jahr. Die Stadt ist vertraglich gebunden, die Rechnungen zu zahlen.

Der Budgetposten Sanierung Obachstrasse Süd mit Fr. 300'000 im Budget zu belassen wird mit 18 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen.

Reto Notter, Finanzverwalter, informiert, dass für die Fussgängerunterführung Westbahnhof zur Verbesserung der Zugänglichkeit frühestens im 2026 Kosten anfallen, somit können die Ausgaben von 1,5 Mio. Franken und der Beitrag von 0,5 Mio. Franken aus dem Budget gestrichen werden.

Yves Gaudens, Leiter Stadtbauamt, informiert, dass auch beim Weitblick Süd das Überwachungskonzept weitergeführt werden soll. Es wird deshalb der Antrag gestellt, dass der Betrag von Fr. 300'000 im Budget 2025 belassen wird.

Dem Antrag, die Budgetposition Weitblick Süd mit Fr. 300'000 im Budget zu belassen wird mit 23 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt.

Yves Gaudens, Leiter Stadtbauamt, informiert, dass beim Weitblick Süd die Bauarbeiten der Kanalisation im Gang sind. Im Budget 2025 sind dafür Fr. 50'000 eingestellt, im Finanzplan wurde dieses Projekt um 2 Jahre verschoben. Gemäss dem Tiefbau sind jedoch hier die Bauarbeiten voll im Gange und können frühestens Ende 2024 beendet werden. Gemäss den aktuellsten Zahlen muss im 2025 mit Rechnungen von insgesamt Fr. 200'000 gerechnet werden. **Es wird somit beantragt, den Betrag um Fr. 150'000 auf Fr. 200'000 zu erhöhen.**

Pascal Walter merkt an, dass diese Kosten im Budget 2024 enthalten sein müssten. Deshalb konnte mit den Arbeiten dieses Jahr gestartet werden. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen, weshalb die Finanzen nicht ausgeschöpft wurden und theoretisch noch Budget im 2024 übrig sein müsste. Pascal Walter fragt nach, wie viel im 2024 budgetiert wurde.

Charlie Schmid ergänzt, dass im Budget 2024 Fr. 750'000 eingestellt waren.

Pascal Walter fragt, ob der Betrag ausgeschöpft worden ist und ob es nun weitere Fr. 200'000 benötigt.

Reto Notter, Finanzverwalter, informiert, dass ein Gesamtkredit gesprochen wurde. Im Budget wurde die jeweilige Etappe ausgewiesen. Im Jahr 2024 kann nur das gebraucht werden, was budgetiert ist. Da gibt es jetzt eine Überschneidung mit den Investitionen.

Yves Gaudens, Leiter Stadtbauamt, ergänzt, dass die ganze Strasse fertig gestellt wird. Es wird nicht die halbe Strasse in einem Jahr und im nächsten Jahr die zweite Hälfte gebaut. Das

Strassenprojekt wird als Ganzes ausgeschrieben und vergeben. Das Ziel ist 2024 die Strassenarbeiten abzuschliessen.

Pascal Walter fragt, ob demzufolge nicht eine Budgetüberschreitung im 2024 vorliegt?

Reto Notter, Finanzverwalter, ergänzt, dass sollte kein Betrag für 2025 gesprochen werden, alle Rechnungen über die Gemeinderechnung 2024 laufen müssen, weil im 2025 nichts mehr vorhanden ist. Dann würde es zu einer Überschreitung im 2024 kommen. Die Rechnung der Gemeinde wird im Dezember abgeschlossen. Werden die Bauarbeiten erst im 2025 in Rechnung gestellt, werden die Kosten in der Gemeinderechnung im 2025 aufgeführt.

Claudio Hug erkundigt sich nach dem Instrument des Verpflichtungskredites. Mit einem Verpflichtungskredit wird man ermächtigt, Verträge abzuschliessen. Liegt bei dieser Budgetposition ein Verpflichtungskredit vor und ist dieser gebunden? Konnten die Verträge unterzeichnet werden?

Reto Notter, Finanzverwalter, kann mitteilen, dass ein entsprechender Verpflichtungskredit vorliegt.

Christian Herzog fragt, ob die Fr. 750'000, die im Budget waren, schon aufgebraucht worden sind, weil er den Antrag des Stadtbauamtes nicht ganz nachvollziehen kann.

Urs Unterlerchner, Stadtschreiber, teilt mit, dass ein Verpflichtungskredit abgeholt worden ist, der über mehrere Jahre verbucht wird. Jetzt wurde in einem Jahr mehr oder weniger budgetiert als im folgenden Jahr. Über den gesamten Betrag betrachtet, ist nichts passiert.

Reto Notter, Finanzverwalter, ergänzt, dass der Gesamtkredit von 3.9 Mio. Franken bei Weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Es wurden Fr. 750'000 im 2024 budgetiert. Mit insgesamt Fr. 873'000 wurde das Konto bis jetzt belastet.

Marian Wyss erkundigt sich, wie viel Gemeinderat mit den Beschlüssen der heutigen Sitzung im Budget 2025 eingespart hat und wie viel zusätzliche Ausgaben beschlossen wurden.

Reto Notter, Finanzverwalter, teilt mit, dass alles bereits eingerechnet wurde. Das heisst, wird der vorliegende Antrag genehmigt, ist dieser bereits im Budget 2025 berücksichtigt.

Claudio Hug ärgert sich über das Vorgehen des Leiters Stadtbauamt. Er versteht, dass die Umsetzung von kurzfristigen Sparmassnahmen schwierig ist. Die laufenden Verpflichtungen müssen honoriert werden, danach müssen jedoch Anpassungen vorgenommen werden.

Jörg Aebischer teilt mit, dass er sich über die Aussagend des Leiter Stadtbauamtes sehr ärgert. Bei den vorgebrachten Informationen handelt es sich um Informationen, die vor zwei Monaten bereits vorlagen. Entsprechend hätten die Anpassungen bereits im Finanzplan vorgenommen werden müssen. Es kann nicht sein, dass bei der Schlussbudgetberatung im Gemeinderat ein halbes Dutzend solcher Anträge gestellt werden. Schlussendlich fehlt so die Übersicht. Eine seriöse Beratung des Budgets im Gemeinderat ist so schlichtweg nicht möglich.

Christian Herzog kommt darauf zurück, dass der beantragte Betrag von Fr. 200'000 eigentlich in das Budget 2024 aufgenommen hätten werden sollen. Es war sicherlich absehbar, dass dieser Betrag im 2024 benötigt wird. Weiter hätte in der Diskussion im Ausschuss von Beginn weg klar mitgeteilt werden sollen, dass der Betrag nicht gestrichen werden kann.

Pascal Walter erkundigt sich nach den ausgewiesenen Fr. 50'000 in dieser Position.

Yves Gaudens informiert, dass es sich bei den Fr. 50'000 um Abnahmen handelt. Der Betrag dient dazu, ein Werk abzunehmen. Das sind die Beträge, die jetzt noch zwingend benötigt werden. Es wird ein «Cut» gemacht und alle Arbeiten, wenn möglich ins 2027 verschoben.

Pascal Walter hält fest, dass die Budgetierung der Position Kanalisation Weitblick Süd offenbar komplett falsch erfolgt ist.

Corinne Widmer stösst sich sehr daran, dass diese Detaildiskussionen im gesamten Gemeinderat diskutiert werden müssen, obwohl das Geschäft zuvor in einem vorberatenden Ausschuss bereits diskutiert wurde.

Der Antrag der Verwaltung, die Budgetposition Weitblick Süd, Kanalisation um Fr. 150'000 auf Fr. 200'000 zu erhöhen wird mit 14 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Stefanie Ingold erkundigt sich, ob es noch Fragen gibt zu den Endpositionen.

Reto Notter fasst zusammen, dass die beschlossenen Änderungen eine Verbesserung von ca. Fr. 400'000 ergeben.

Die Stadtpräsidentin, **Stefanie Ingold**, lässt über den in den Voten gestellte Antrag der Fraktion der Grünen zur Steuererhöhung abstimmen.

Der Antrag der Fraktion der Grünen den Steuerfuss um 5 Prozent anzuheben wird mit 8 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Gestützt auf den Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses wird

beschlossen:

18 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen

1. Der Stellenetats der Stadtverwaltung muss in den Jahren 2025, 2026 und 2027 um jeweils 1 Prozent, gesamthaft also um 3 Prozent gekürzt werden.

24 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

2. Die vorliegende Liste des Stadtbauamtes mit Einsparungen von insgesamt Fr. 372'000 in den Rubriken baulichen Unterhalt und Dienstleistungen Dritter wird genehmigt.

Als Antrag an die Gemeindeversammlung hat der Gemeinderat

beschlossen:

Einstimmig

1. Das Budget über die Verwaltung der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn für das Jahr 2025 wird genehmigt mit den besprochenen Änderungen.
2. Die Gemeindesteuer für das Jahr 2025 wird für die natürlichen und juristischen Personen auf 107 Prozent der ganzen Staatssteuer festgelegt.

3. Die Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe wird für das Jahr 2025 mit 6 Prozent der ganzen Staatssteuer erhoben. Der Ertrag wird vollständig der Spezialfinanzierung Feuerwehr zugewiesen.

Verteiler (elektronisch)
Gemeindeversammlung
Finanzverwaltung
ad acta 912

Der Stadtschreiber:

Handwritten signature in black ink, appearing to read "U. Unterlechner".

Die Protokollführerin:

Handwritten signature in blue ink, appearing to read "G. Gerns".